

BUNDESTAGSWAHL 2025

VCI-Positionen

November 2024

» Den Aufbruch wagen, Jetzt! «

Die EU und Deutschland haben sich der Nachhaltigkeit verschrieben. Das ist gut und richtig, denn eine erfolgreiche Transformation zur Nachhaltigkeit kann zum Markenkern Europas werden. Doch dazu bedarf es einer deutlichen Korrektur der politischen Prioritäten. Denn eine Transformation, die den Industriestandort und die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, findet weltweit keine Nachahmer.

Schlüsselbranchen wie die Chemie sind mit ihren Innovationen Garant für Wertschöpfung und Wohlstand. Nur mit ihnen ist die Transformation in eine nachhaltige Zukunft möglich. Politik muss daher den wirtschaftspolitischen Kompass neu ausrichten, um die Rückkehr auf den Wachstumspfad zu ermöglichen und den Standort wieder für Zukunftsinvestitionen attraktiv zu machen. Denn Innovationen erfordern eine kontinuierliche und strategische Unterstützung in einem optimierten Ökosystem. Konkret muss Politik jetzt auf nachfolgenden Feldern handeln.

Mit dieser klaren Agenda schaffen wir den Aufbruch und die notwendige Transformation wird zum Erfolg. Die meisten Punkte dieser Agenda kosten in Zeiten knapper Haushaltsmittel kein zusätzliches Geld: Schnellere Genehmigungsverfahren, Bürokratieabbau und eine bessere europäische Regulierung brauchen nur smarte politische Entscheidungen!

Uns ist klar, dass das bei der Bereitstellung einer wettbewerbsfähigen Strominfrastruktur oder einer umfassenden Unternehmenssteuerreform anders aussieht. Ersteres ist jedoch eine klassische Staatsaufgabe der Daseinsvorsorge und muss zwingend angegangen werden, letzteres entfaltet nach wenigen Jahre der Mindereinnahmen massive Wachstumskräfte wie die Entscheidungen anderer Länder zeigen. Beide Aufgaben – eine wettbewerbsfähige Stromversorgung und ein zukunftsfähiges Steuersystem - sind somit Zukunftsinvestitionen, die mittelfristig durch höheres Wachstum mehr Geld in die öffentlichen Kassen spülen.

Legen wir also los, denn gemeinsam können wir Deutschland und Europa stärken und eine nachhaltige Zukunft erfolgreich gestalten!



Stromkosten konkurrenzfähig machen!

Die Stromkosten der Industrie sind international nicht wettbewerbsfähig. Der (verspätete) Stromnetzausbau ist zu einem zentralen Kostentreiber der Energiewende geworden – ein weiterer Anstieg der Netzentgelte muss gestoppt werden. Deutschland braucht einen Masterplan für das Jahrhundertprojekt der Energiewende, sowohl kostenseitig als auch in der Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

Konkret:

- » Die **Systementwicklungsstrategie** zur besseren Verzahnung des Ausbaus von Erneuerbaren, Strom-, Gas- und Wasserstoffnetzen, Residualkraftwerken und Speichern muss dringend beschleunigt und umgesetzt werden. Die Kraftwerkstrategie und der Kapazitätsmechanismus müssen nun zügig vorgelegt und mit der Carbon Management Strategie verzahnt werden. **Kosteneffizienz** sollte das Leitmotiv für die konkrete Umsetzung bilden (z.B. Freileitungen statt Erdkabel). Die Energieinfrastruktur ist ein wesentlicher Faktor, der genauso wichtig für einen attraktiven Standort ist, wie die Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur und attraktive Innovationsbedingungen.
- » **Steigende Netzentgelte entlasten:** Um den schleichenden und auch den offenen Wegzug der energieintensiven Industrie zu stoppen, braucht es einen staatlichen **Zuschuss zu den Netzentgelten**, wie es im Energiepaket der Bundesregierung geplant war. Außerdem muss die **Stromsteuersenkung über 2025 hinaus verstetigt** werden. Die **Strompreis-kompensation** sollte weiterentwickelt und ihr Begünstigtenkreis erweitert werden.
- » Für eine sichere Versorgung müssen außerdem industrielle **Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK)** erhalten werden und der Zubau ausreichender Backup-Kraftwerke zügig integriert werden.

Turbo für Bürokratieabbau einlegen!

Der Bürokratismus in Deutschland und Europa verschlingt Zeit, Geld und lähmt gleichermaßen Staat sowie Unternehmen. Der Bund-Länder-Pakt muss schnell und rechtssicher umgesetzt werden, um Genehmigungen wirklich zu beschleunigen und Bürokratie ernsthaft abzubauen. Europa, Bundesländer und Kommunen müssen Bürokratieabbau leben. Die politische Verantwortung von der Idee bis zum Vollzug muss vom Bund wahrgenommen und ausgewogen, rechtssicher und praxisnah vorbereitet und konsequent und angemessen realisiert werden.

Konkret:

- » Den **Bund-Länderpakt** zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren unverzüglich und konsequent **umsetzen**. Jetzt eine **Digitalisierungsoffensive** in Bund- und Länderbehörden für schnellere Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratiekosten starten.
- » Bürokratieabbau: Die **Praxischecks** des BMWK sind auf alle Ressorts auszuweiten. **Redundante Gesetze**, wie das deutsche Lieferkettengesetz, sind konsequent abzuschaffen.
- » Das Instrument der Wettbewerbsfähigkeitsprüfung bei neuen Gesetzesvorschlägen und das „**One in, one out-Prinzip**“ endlich effektiv auf EU-Ebene anwenden.

Green Deal durch Industrial Deal flankieren!

Industriepolitischen Belangen wird in dem europäischen Zukunftskonzept zu wenig Rechnung getragen. Damit Europa – und damit alle Werte, die wir vertreten – international wieder zu einem Vorbild wird, müssen Wettbewerbsfähigkeit und offene Märkte in den Fokus. Und das Gängelband kleinteiliger Gesetzgebung muss abgestreift werden. Dazu gehört auch eine gute Einwanderungspolitik, um den Zuzug von Fachkräften zu fördern.

Konkret:

- » Die **Industrial Deal-Umsetzung** im Grundsatzprogramm der EU-Kommission verankern.
- » Die Bundesregierung muss sich viel früher im europäischen Gesetzgebungsverfahren mit den Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit befassen, besonders angesichts der nun anstehenden Green Deal-Umsetzungswelle. Zur präzisen Verbesserung von bestehender EU-Regulierung einen **Wettbewerbs-Omnibus** als neues europäisches Instrument einführen.
- » Die Bundesregierung muss gemeinsam mit der EU-Kommission dafür sorgen, dass die europäische **Stoffpolitik risikobasiert** bleibt und auf pauschale Stoffverbote auch in Zukunft verzichtet wird. Um die **Innovationskraft** auf europäischer Ebene zu stärken, brauchen wir eine konsequente Anwendung von Experimentierklauseln zur Umsetzung von Reallaboren.

Steuerpolitik ist Standortpolitik!

Die deutsche Wirtschaft braucht ein modernes und wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Steuerpolitik und Industriepolitik müssen wieder ineinandergreifen auch mit Blick auf eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Steuerbelastung von Unternehmen von derzeit knapp 30 Prozent auf höchstens 25 Prozent begrenzt werden sowie das Steuerrecht von unnötiger Bürokratie befreit und digital zukunftsfest gemacht werden. Kurz: Wir brauchen einen **Steuer-Booster für Unternehmen**.

Konkret:

- » Die **Gesamtsteuerlast für Unternehmen auf maximal 25 Prozent begrenzen**.
- » **Keine neuen Steuerbelastungen** schaffen, wie die Einführung von Vermögensteuern oder Verschärfungen bei der Erbschaftsteuer. Grenzüberschreitende Finanzierungen dürfen durch völlig neue und überzogene Standards, wie bei der Europäischen Unternehmensbesteuerung oder der globalen Mindestbesteuerung, nicht erschwert werden.
- » **Vereinfachung und Digitalisierung im Steuerrecht müssen forciert werden**. Unnötige und redundante Berichtspflichten müssen abgeschafft und zeitnahe Betriebsprüfungen umgesetzt werden.

Staatsausgaben: Investieren für Wachstum!

Investitionen wurden zu lange vernachlässigt. Der Fokus muss auf Bildung, Sicherheit sowie einer leistungsfähigen Energie-, Digital und Verkehrsinfrastruktur liegen und nicht auf der weiteren Aufblähung des Staates. Bei einem priorisierten und zukunftsorientierten Mitteleinsatz braucht es keine Sondervermögen.

Konkret:

- » Der Haushalt 2025 muss die investiven Ausgaben stärker gewichten. **Die Schuldenbremse steht für uns nicht zur Disposition**.
- » **Wir erwarten einen konkreten Vorschlag, wie die erforderlichen investiven Ausgaben durch neue Fiskalregeln dauerhaft priorisiert werden können**. Dazu unterstützen wir die Vorschläge der Wirtschaftsweisen (Konjunkturkomponente, Überjährigkeit).
- » Eine **volkswirtschaftliche Vermögensrechnung entwickeln**. Es fehlt eine Vermögensrechnung für unsere Volkswirtschaft. Niemand weiß, ob wir nachfolgenden Generationen einen höheren oder niedrigeren Kapitalstock hinterlassen. Ohne diese Information kann eine Diskussion um die Schuldenbremse und die damit zusammenhängende Frage der Generationengerechtigkeit nicht entschieden werden. Wir erwarten deshalb, dass Bund, Länder und Gemeinden die Kameralistik aufgeben und stattdessen eine doppelte Buchführung (Doppik) einführen.